

109-41170

32 listi

KANZLEI
DES STAATSPRÄSIDENTEN

Z.T 110/42.

Prag, am 10. April 1942 .



Sehr geehrter Herr Oberregierungsrat !

Mit Beziehung auf unsere gestrige Rücksprache erlaube ich mir anbei Abschriften von drei Aufzeichnungen zu übersenden, welche vom Herrn Staatspräsidenten bei der letzten Unterredung dem Herrn stellvertretenden Reichsprotektor überreicht wurden.

Mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung



Vorstand
der Kanzlei des Staatspräsidenten.

Herrn
Oberregierungsrat Dr. Robert GIES,
Kabinettschef des Herrn Staatssekretärs,
P r a g IV., Czernin - Palais.

1
S. a. d. 7c
1. 10/8. 92.



St. G. V B - 412/42

I. Beistellung eines Sanitätszuges.

Das Protektorat beabsichtigt, dem Reiche einen Sanitätszug zum Geschenk zu machen. Die Uebergabe soll anlässlich des Geburtstages des Führers am 20. April 1942 in feierlicher Form erfolgen. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich den Zug Eurer Exzellenz persönlich übergeben könnte.

Der Zug besteht aus 20 Wagen für Verwundete, Typ C H ; es ist dies der modernste Wagentyp aus dem Jahre 1938. Die Konstruktion ist aus Eisen. Der Zug wird 80 km Stundengeschwindigkeit haben. In jedem Wagen ist Platz für 10 Schwer- oder 18 Leichtverwundete. Weiters hat der Zug einen Wagen für den Kommandanten, einen Operationswagen, einen Küchenwagen, je einen Wagen für die Gerätschaften und für die Vorräte, weiters einen Wagen für die Begleitmannschaft und einen Heizwagen. Insgesamt umfasst er 27 Waggon, sodass er eine Länge von ungefähr 400 m aufweist. Er wird in 14 Tagen fertiggestellt sein. Es hat ihn bereits ein leitender Militärsanitätsfachmann aus Berlin in Augenschein genommen.-



2022

Handwritten red signature or initials.

3

II. Frage der internierten Personen.

Die Reichssicherheitsbehörden haben eine Anzahl tschechischer Personen in Schutzhaft genommen. Es handelt sich bereits um mehrere Gruppen derartiger Personen:

- a/ Die im September 1939 Sichergestellten.
- b/ Die Studenten.
- c/ Die Personen, welche im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand im Jahre 1941 sichergestellt wurden.
- d/ Die Sokolfunktionäre, deren Sicherstellung im Zusammenhang mit der Auflösung des "Sokol" erfolgte.

Ich kann und will mich in diese Sicherheitsvorkehrungen nicht einmengen und gestatte mir bloss die Bitte zu stellen, das Los der angeführten Personen nach Möglichkeit mildern zu wollen. Den an mich gerichteten Bitten der Familienangehörigen entnehme ich, dass es in den Konzentrationslagern, insbesondere in den Lagern Mauthausen und Oswiecim, zu zahlreichen Todesfällen gekommen ist. So sollen zum Beispiel im Lager Mauthausen innerhalb einiger Tage allein aus Mährisch Ostrau 20 Personen gestorben sein; überdies höre ich von zahlreichen Todesfällen, die Personen aus Prag, Brünn, Pilsen, Beraun und von anderwärts betreffen.

Ich weiss, dass die Ursache in den Ernährungsschwierigkeiten und den rauen Temperaturverhältnissen zu suchen ist.

Meine Bitte gründet sich darauf, dass die in Schutzhaft genommenen Personen ja nicht als Verurteilte angesehen werden können. Die Bittsteller, die sich in diesen Angelegenheiten an mich wenden, halten mir vor, dass derartige nicht verurteilte

Personen vielfach schlechter daran seien, als die, welche ordnungsmässig zum Tode verurteilt wurden.

1.

Ich möchte mit meinen Organen und den hier zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln gerne alles tun, um der Reichssicherheitsverwaltung bei der Verköstigung und Unterbringung der sichergestellten Personen beizustehen, und bitte darum, gestatten zu wollen, dass ich eines der Regierungsmitglieder damit betraue, gemeinsam mit Ihnen hierfür in Betracht kommenden Beauftragten schnellstens die erforderlichen Massnahmen zu treffen. Von neuem versichere ich, wie ich dies schon mehrmals getan habe, dass es sich mir nicht zuletzt darum handelt, in den Augen der breiten Bevölkerungsschichten das Prestige des Reichssicherheitsdienstes so viel wie möglich zu fördern.

2.

Gleichzeitig bitte ich die Durchführung Ihrer Entscheidung vom 19. Jänner 1942 betreffend die Freilassung der Studenten, beschleunigen zu wollen. Ich werde unausgesetzt mit diesbezüglichen Anliegen der Eltern bestürmt, welche seit der Veröffentlichung Ihrer Entscheidung nicht aufhören, sich in dieser Angelegenheit an mich zu wenden.

3.

Schliesslich möchte ich mir gestatten um Mitteilung zu bitten, ob mit der Freilassung der Sokolfunktionäre gerechnet werden kann.



28500

III. Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Bodens.

Das Protektorat Böhmen und Mähren gehört zu den überbevölker-
testen Gebieten Europas. Der landwirtschaftliche Boden langt kaum
hin, die Bevölkerung zu ernähren, und darum ist unser Bestreben
darauf gerichtet, jeden Fussbreit Bodens, jedes einzelne Grund-
stück intensiv auszunützen.

1/. Ich bitte, es wolle von neuem der Militärverwaltung an-
heingegeben werden, ob es nicht möglich wäre, im Interesse eines
erfolgreichen Verlaufes der Landwirtschaftsschlacht die Verwirk-
lichung der grossen Projekte, welche der landwirtschaftlichen
Produktion Hunderte landwirtschaftlicher Anwesen und Tausende
Hektar Boden /bisher über 9.000 ha/ dauernd entziehen, für die
Dauer des Krieges aufzuschieben.

2/. Insbesondere bitte ich, die zum 1. Mai d.J. angeordnete
Räumung von Gemeinden in der Gegend von Wischau, wo ursprünglich
ein späterer Termin festgesetzt worden war, für die Dauer des
Krieges aufzuschieben zu wollen.

3/. Aus den gleichen Gründen bitte ich um Aufschub der Durch-
führung des Projektes in der Gegend von Beneschau, welches an
5.000 ha landwirtschaftlichen Bodens zum Gegenstande hat.

4/. Im Interesse einer intensiven Wirtschaftsführung möchte
ich bitten, auf den unter Zwangsverwaltung gestellten Grossgrund-
besitzen den bisherigen Eigentümern unter Aufsicht der Zwangs-
verwalter die weitere wirtschaftliche Tätigkeit ermöglichen zu
wollen. Insbesondere wäre ich sehr dankbar, wenn vermieden werden
könnte, dass diese Grossgrundbesitze ohne Wissen des Eigentümers
veräussert werden.

Was die Grossgrundbesitze anbelangt, welche Mitgliedern
alter Geschlechter gehören, gestatte ich mir bloss darauf aufmerk-
sam zu machen, dass diese Personen in politischer Hinsicht stets
grosse Besonnenheit an den Tag gelegt und sich auch im Jahre
1938 in den Tagen der grössten Spannung zur Tradition der deutsch-
tschechischen Zusammenarbeit bekannt haben.



20102

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
M. d. F. d. G. b.

Nr. 1217/42

Es wird gebeten, dieses Geschäftsgeheimnis und den
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Sonten der Oberstufe

Postsparkassenkonto Nr. 98.500 und Girokonto
bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren
in Prag

- Adjutantur -.

Prag, den 28. März 1942.

An

1/4-Obersturmbannführer Dr. Gies,

Prag.

Büro des Staatssekretärs

beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 31. MRZ. 1942

Anliegend übermittle ich Abschriften der 3 Memoranden,
die der Staatspräsident Dr. Hácha am 19.3.42 dem Obergruppen-
führer übergeben hat. Ausserdem ist ein vom Herrn Unterstaats-
sekretär angefertigter Besprechungsvermerk beigelegt, den der
Obergruppenführer lediglich auf Seite 9 etwas abgeändert hat.

88188
Banisary
1/4 - Untersturmführer

St. G. IV B - 41/42

A b s c h r i f t

einer

Niederschrift über eine Besprechung des
Stellv. Reichsprotectors mit dem Staats-
präsidenten Dr. Hácha am 19. März 1942.

20. März 1942.

Bei dem gestrigen Besuch des Staats-
präsidenten Dr. Hácha bei Obergruppenführer
General der Polizei H e y d r i c h über-
reichte der Staatspräsident, der von seinem
Kabinettschef Dr. P o p e l k a begleitet
war, drei Memoranden, an die sich dann die
Besprechung anschloss.

Das erste Memorandum betraf die
Beistellung eines Sanitätszuges, über dessen
Ausgestaltung Dr. Popelka referierte. Ober-
gruppenführer nahm das Geschenk des Sanitäts-
zuges durch die Protektoratsregierung mit
Dank entgegen. Es wurde vereinbart, dass der
Termin noch abgesprochen werden sollte, weil
Obergruppenführer am 20. April voraussicht-
lich nicht in Prag sein wird. Die Übergabe

des Sanitätszuges durch den Staatspräsidenten, der eine Besichtigung vorausgehen wird, wird deshalb einige Tage vor dem 20. April erfolgen müssen. Obergruppenführer war über die seinerzeitige Ablehnung der Annahme eines Sanitätszuges unterrichtet, war aber der Ansicht, dass die Situation sich jetzt entscheidend gewandelt habe, so dass der Annahme Bedenken nicht mehr entgegenstehen.

Das zweite Memorandum betraf die Frage der internierten Personen. Obergruppenführer unterrichtete den Staatspräsidenten dahin, dass zurzeit keine Geiseln mehr in Schutzhaft wären, sondern dass es sich jetzt nur noch um Schuldige handle, die irgendwie mit der Widerstandsbewegung in Zusammenhang gestanden hätten. Die Studentenentlassung gehe auch vor sich, sie hätte nicht so rasch abgewickelt werden können, weil die Studenten unter Quarantäne gestanden hätten wegen Ausbruchs einer Fleckfieber-epidemie in den Konzentrationslagern. Obergruppenführer machte dem Staatspräsidenten klar, dass die Personen, die von den Stand-

gerichten zur Verbringung in ein Konzentrationslager verurteilt worden wären, dort selbstverständlich das harte Dasein von Verurteilten zu führen hätten. Von ihnen wären zu unterscheiden diejenigen, die aus erzieherischen Gründen in Konzentrationslagern wären. Sicher wären einige Personen in den Konzentrationslagern gestorben und es könne gut sein, dass die Angabe wegen der 20 Personen in Mährisch-Ostrau richtig wäre. Diese Gestorbenen wären die Opfer der Fleckfieber-epidemie, die von russischen Gefangenen eingeschleppt worden wäre und der auch Bewachungsmannschaften zum Opfer gefallen wären. Andere Todesfälle ereigneten sich auch durch Kreislaufschwäche bei den von den Verurteilten zu leistenden schweren Arbeiten. Mit Ernährungsschwierigkeiten hätten jedenfalls die Todesfälle nichts zu tun, denn die mit schweren Arbeiten befassten Gefangenen erhielten sogar eine gewisse Zulage. Deshalb sei es überflüssig, sich mit Hilfsmassnahmen für die Verköstigung der sichergestellten Personen zu beschäftigen.

Was die Sokolfunktionäre anlange, so hat Obergruppenführer, wie er mitteilte, vor einigen Tagen entschieden, dass die Sokolführer entlassen werden sollen, die lediglich als solche in ein Konzentrationslager verbracht worden sind, während jene festgehalten werden müssen, die irgendwie an der Widerstandsbewegung beteiligt sind.

Auf eine Anfrage wegen der Brüner Professoren gab Obergruppenführer anheim, eine Liste dieser Personen einzureichen, die dann an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei weitergehen würde, der die Angelegenheit untersuchen und beantworten würde.

Das dritte Memorandum betraf Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Bodens. Obergruppenführer gab bekannt, dass der bei Beneschau geplante SS-Truppenübungsplatz unbedingt mit grosser Beschleunigung fertiggestellt werden muss. Er läge auch nicht auf besonders wertvollem landwirtschaftlichen Gebiet, so dass die Ernährungsfrage, der Obergruppenführer besondere Aufmerksamkeit schenke,

M

nicht berührt würde. Obergruppenführer teilte aber dem Staatspräsidenten mit, dass die grossen Luft- und Wehrmachtspätze bis nach dem Kriege zurückgestellt wären, ja dass es vielleicht sogar dann fraglich sei, ob die Projekte durchgeführt würden. Obergruppenführer sagte weiters zu, dass, soweit es irgend ginge, auch bei dem SS-Truppenübungsplatz auf eine etwaige Bestellung Rücksicht genommen werden soll.

Was die Grossgrundbesitzer anlangt, deren Güter jetzt beschlagnahmt worden sind, so bat Obergruppenführer den Staatspräsidenten, sich nicht allzusehr für diese Personen einzusetzen, da die politischen Gründe zu der durchgeführten Massnahme so gewichtig wären, dass eine Intervention unberechtigt sei. Die betreffenden Grossgrundbesitzer hätten eine anationale Haltung gezeigt, ein Teil von ihnen bemühe sich jetzt um ausländische Staatsangehörigkeiten, woraus auch das tschechische Volk entnehmen könne, dass es den betreffenden Grossgrundbesitzern nur um ihren Besitz, aber nicht um eine Volkszugehörigkeit ginge.

12

Obergruppenführer wies in diesem Zusammenhange auch auf gewisse Vorgänge im Reiche hin, so namentlich auf die Beschlagnahme zahlreichen Grundbesitzes der ins Ausland gegangenen Wittelsbacher. Überdies wies Obergruppenführer darauf hin, dass die Zwangsverwaltung noch keine Enteignung bedeute. Auf eine Einwendung des Präsidenten Hacha, dass die Zwangsverwaltungsgebühren so hoch wären, dass die Besitzer daran kaputt gingen, sagte Obergruppenführer eine Prüfung zu, wie er überhaupt darauf hinwies, dass er das Material im einzelnen noch durchprüfen würde. Allerdings glaubte Obergruppenführer, dass die Gebühren nur für diejenigen untragbar wären, die ihren Besitz nicht selbst verwalteten, sondern glaubten, in Städten und auf Reisen einen grossen Aufwand treiben zu können. Am Schluss ermahnte der Obergruppenführer den Staatspräsidenten nochmals zu besonderer Vorsicht in dieser Angelegenheit.

Ausser den durch schriftliche Unterlagen besonders belegten vorstehenden Besprechungspunkten brachte der Staatspräsident noch

zur Sprache, dass er sehr bedauert habe, dass das Telegramm des Führers, das ihm sehr wohlgetan habe, nicht im Wortlaut publiziert worden wäre. Obergruppenführer klärte den Staatspräsidenten dahin auf, dass er mit Staatsminister Meissner telefoniert habe und dass es einer generellen Weisung des Führers entspräche, wenn seine Telegramme nicht mehr im Wortlaut veröffentlicht würden. Dr. Popelka unterstrich diese Bemerkung des Obergruppenführers noch durch den Hinweis, dass auch das Telegramm des Führers an den Präsidenten der Slowakei nicht im Wortlaut veröffentlicht worden wäre. Obergruppenführer sagte aber dem Staatspräsidenten Hácha zu, dass er sich nach einer Absprache mit ihm und Staatsminister Meissner bei dem nächsten Telegrammwechsel für eine Veröffentlichung des Wortlautes der beiden Telegramme einsetzen würde.

Weiterhin bat Staatspräsident Hácha um die Zustimmung des Obergruppenführers zu einem Abendessen, das der Staatspräsident geben will. Es wurde vereinbart, dass Termin und Details zwischen den gegenseitigen Büros abge-

stimmt werden sollen.

Im Anschluss an diese Wünsche des Herrn Staatspräsidenten Dr. Hácha klärte Obergruppenführer den Staatspräsidenten über seine Pläne wegen Erziehung der tschechischen Jugend auf. Er wies darauf hin, dass eine Anregung des Ministers Moravec vorliege und dass er nach längerer Erwägung der Ansicht wäre, dass die Protektoratsregierung durch eine Regierungsverordnung die Erziehung der tschechischen Jugend regeln müsse. Obergruppenführer führte aus, dass er sich als Träger der Jugend-erziehung ein Kuratorium dächte, an dessen Spitze der Minister Moravec stehen soll. Dieses Kuratorium soll dem Staatspräsidenten dann unmittelbar unterstellt werden. Er, Obergruppenführer, dächte an eine Dienstpflicht der Jugendlichen von 10-18 Jahren, und zwar solle die Art dieser Dienstpflicht je nach dem Alter verschieden sein. Die Jüngeren sollten in Vereinen, denen eine Jugendarbeit von Fall zu Fall zu genehmigen wäre, zusammengeschlossen werden. Dort müsste dann ein gewisser Jugenddienst eingerichtet werden, der in

Sportübungen und in einer Belehrung gesinnungsmässiger Art zu bestehen hätte. Bei den Jugendlichen von 17-18 Jahren, denke er, Obergruppenführer, an eine Dienstpflicht in Lagern, wo die Jugendlichen von ausgesuchten tschechischen Jugendführern geleitet werden sollten. Eventuell könne man auch an eine gewisse Verbindung mit den HJ-Lagern denken. Damit nun die Abiturienten der Mittelschulen auch an diesem Jugenddienst teilnehmen könnten, schlug Obergruppenführer vor, dass die Schulpflicht um ein halbes Jahr verringert würde und dass in diesem für die Schule wegfallenden halben Jahr das Jugenddienstjahr der Abiturienten beginnen könne.

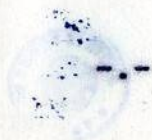
Zum Abschluss besprach Obergruppenführer noch die Frage der tschechischen Hochschulen, wobei er darauf hinwies, dass seiner Ansicht nach im Kriege über die Frage der Wiedereröffnung der tschechischen Hochschulen nicht entschieden werden könne. Das müsse nach Ansicht des Obergruppenführers jeder einsehen, dass im Kriege an eine Eröffnung von Hochschulen an Orten, wo schon Hochschulen bestehen,

nicht gedacht werden kann, denn man dürfe im Kriege nur wirklich kriegswichtige Massnahmen durchführen, das sei aus sachlichen wie aus Gründen der Menschenbewirtschaftung notwendig und ohne weiteres ersichtlich. Als Zwischenlösung schlug Obergruppenführer vor, dass die Abiturienten, die z.B. auf Grund der Erfahrungen in den Jugendlagern sich als positive Elemente erwiesen hätten, an den Hochschulen des Reiches studieren könnten und vielleicht sogar als besondere Auszeichnung an den deutschen Hochschulen in Prag. Um dieses Studium tschechischer Abiturienten zu fördern, machte Obergruppenführer den Staatspräsidenten mit dem Gedanken einer Hácha-Stiftung bekannt, aus der Stipendien für die im Reiche studierenden tschechischen Studenten in grösserem Umfange gegeben werden sollen. Obergruppenführer wies darauf hin, dass er es für besonders eindrucksvoll halte, wenn diese Hácha-Stiftung am 70. Geburtstag des Herrn Staatspräsidenten im Juli 1942 ins Leben gerufen würde.

Dieser Vorschlag machte auf Dr. Po-

pelka sichtlich ausserordentlichen Eindruck, während der Herr Staatspräsident zwar interessiert und nicht unbewegt den Vorschlag entgegennahm, aber ebenso wie bei der Jugend-erziehung um weitere Verhandlungen, gegebenenfalls eine schriftliche Fühlungnahme bat.


gez. Unterschrift.



1914

1.) Beistellung eines Sanitätszuges.

Das Protektorat beabsichtigt, dem Reich einen Sanitätszug zum Geschenk zu machen. Die Übergabe soll anlässlich des Geburtstages des Führers am 20. April 1942 in feierlicher Form erfolgen. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich den Zug Eurer Exzellenz persönlich übergeben könnte.

Der Zug besteht aus 20 Wagen für Verwundete, Typ ; es ist dies der modernste Wagentyp aus dem Jahre 1938. Die Konstruktion ist aus ~~Edel~~ Eisen. Der Zug wird 80 km Stundengeschwindigkeit haben. In jedem Wagen ist Platz für 10 Schwer- oder 18 Leichtverwundete. Weiters hat der Zug einen Wagen für den Kommandanten, einen Operationswagen, einen Küchenwagen, je einen Wagen für die Gerätschaften und für die Vorräte, weiters einen Wagen für die Begleitmannschaft und einen Heizwagen. Insgesamt umfasst er 27 Waggons, sodass er eine Länge von ungefähr

109

400 m aufweist. Er wird in 14 Tagen fertiggestellt sein. Es hat ihn bereits ein leitender Militärsanitätsfachmann aus Berlin in Augenschein genommen. -



28182

11.) Frage der internierten Personen.


Die Reichssicherheitsbehörden haben eine Anzahl tschechischer Personen in Schutzhaft genommen. Es handelt sich bereits um mehrere Gruppen derartiger Personen:

- a/ Die im September 1939 Sichergestellten.
- b/ Die Studenten.
- c/ Die Personen, welche im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand im Jahre 1941 sichergestellt wurden.
- d/ Die Sokol-Funktionäre, deren Sicherstellung im Zusammenhang mit der Auflösung des "Sokol" erfolgte.

Ich kann und will mich in diese Sicherheitsvorkehrungen nicht einmengen und gestatte mir bloss die Bitte zu stellen, das Los der angeführten Personen nach Möglichkeit mildern zu wollen. Den an mich gerichteten Bitten der Familienangehörigen entnehme ich, dass es in den Konzentrationslagern, insbesondere in den Lagern Mauthausen und Oswiecim, zu zahlreichen Todesfällen gekommen ist. So sollen zum

Beispiel im Lager Mauthausen innerhalb einiger Tage allein aus Mährisch-Ostau 20 Personen gestorben sein; Überdies höre ich von zahlreichen Todesfällen, die Personen aus Prag, Brünn, Pilsen, Beraun und von anderwärts betreffen.

Ich weiss, dass die Ursache in den Ernährungsschwierigkeiten und den rauen Temperaturverhältnissen zu suchen ist.

Meine Bitte gründet sich darauf, dass die in Schutz  genommenen Personen ja nicht als Verurteilte angesehen werden können. Die Bittsteller, die sich in diesen Angelegenheiten an mich wenden, halten mir vor, dass derartige nicht verurteilte Personen vielfach schlechter daran seien, als die, welche ordnungsmässig zum Tode verurteilt wurden.

1.

Ich möchte mit meinen Organen und den hier zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln gerne alles tun, um der Reichssicherheitsverwaltung bei der Verköstigung und Unterbringung der sichergestellten Personen beizustehen, und bitte darum, gestatten zu wollen, dass ich eines der Regie-

rungsmitglieder damit betraue, gemeinsam mit Ihren hierfür in Betracht kommenden Beauftragten schnellstens die erforderlichen Massnahmen zu treffen. Von neuem versichere ich, wie ich dies schon mehrmals getan habe, dass es sich mir nicht zuletzt darum handelt, in den Augen der breiten Bevölkerungsschichten das Prestige des Reichssicherheitshauptdienstes so viel wie möglich zu fördern.

2.

Gleichzeitig bitte ich die Durchführung Ihrer Entscheidung vom 19. Jänner 1942 betreffend die Freilassung der Studenten, beschleunigen zu wollen. Ich werde unausgesetzt mit diesbezüglichen Anliegen der Eltern bestürmt, welche seit der Veröffentlichung Ihrer Entscheidung nicht aufhören, sich in dieser Angelegenheit an mich zu wenden.

3.

Schliesslich möchte ich mir gestatten um Mitteilung zu bitten, ob mit der Freilassung der Sokolfunktionäre gerechnet werden kann.

III.) Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Bodens.

Das Protektorat Böhmen und Mähren gehört zu den übervolkertesten Gebieten Europas. Der landwirtschaftliche Boden langt kaum hin, die Bevölkerung zu ernähren, und darum ist unser Bestreben darauf gerichtet, jeden Fussbreit Bodens, jedes einzelne Grundstück intensiv auszunützen.

1.) Ich bitte, es wolle von neuem der Militärverwaltung anheimgegeben werden, ob es nicht möglich wäre im Interesse eines erfolgreichen Verlaufes der Landwirtschafts-schlacht die Verwirklichung der grossen Projekte, welche der landwirtschaftlichen Produktion Hunderte landwirtschaftlicher Anwesen und Tausende Hektar Boden / bisher über 9.000 ha / dauernd entziehen, für die Dauer des Krieges aufschieben zu wollen.

2.) Insbesondere bitte ich, die zum 1. Mai d.J. angeordnete Räumung von Gemeinden in der

Gegend von Wischau, wo ursprünglich ein späterer Termin festgesetzt worden war, für die Dauer des Krieges aufzuschieben.

3.) Aus den gleichen Gründen bitte ich um Aufschub der Durchführung des Projektes in der Gegend von Beneschau, welches an 5.000 ha landwirtschaftlichen Bodens zum Gegenstande hat.

4.) Im Interesse einer intensiven Wirtschaftsführung möchte ich bitten, auf den unter Zwangsverwaltung gestellten Grossgrundbesitzen den bisherigen Eigentümern unter Aufsicht der Zwangsverwalter die weitere wirtschaftliche Tätigkeit ermöglichen zu wollen. Insbesondere wäre ich sehr dankbar, wenn vermieden werden könnte, dass diese Grossgrundbesitze ohne Wissen des Eigentümers veräussert werden.

Was die Grossgrundbesitze anbelangt, welche Mitgliedern alter Geschlechter gehören, gestatte ich mir bloss darauf aufmerksam zu machen, dass diese Personen in politischer Hinsicht stets grosse Besonnenheit an den Tag gelegt und sich auch im Jahre 1938 in den Tagen der grössten Spannung zur Tradition der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit bekannt haben.

Dr. von Burgsdorff
Unterstaatssekretär

Prag, den 20. März 1942.

25
Eingangsnummer
in Behörden und Mäkten.

Eing.: 20. MRZ. 1942

Herrn Staatssekretär.

/ Ich überreiche anbei Niederschrift über den gestrigen Besuch des Staatspräsidenten Dr. Hacha beim Obergruppenführer mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4-5.
Zur. am 3. 4. 1942 (genau) bei
dem Anlagerichter.

k
Wiedervorgelegt am 8.4.42

h. 20/3.42.
Bella

26
20. März 1942

Bei dem gestrigen Besuch des Staatspräsidenten Dr. Hácha bei Obergruppenführer General der Polizei Heydrich überreichte der Staatspräsident, der von seinem Kabinettschef Dr. Popelka begleitet war, drei Memoranden, an die sich dann die Besprechung anschloss.

Das erste Memorandum betraf die Beistellung eines Sanitätszuges, über dessen Ausgestaltung Dr. Popelka referierte. Obergruppenführer nahm das Geschenk des Sanitätszuges durch die Protektoratsregierung mit Dank entgegen. Es wurde vereinbart, daß der Termin noch abgesprochen werden sollte, weil Obergruppenführer am 20. April voraussichtlich nicht in Prag sein wird. Die Uebergabe des Sanitätszuges durch den Staatspräsidenten, der eine Besichtigung vorausgehen wird, wird deshalb einige Tage vor dem 20. April erfolgen müssen. Obergruppenführer war über die seinerzeitige Ablehnung der Annahme eines Sanitätszuges unterrichtet, war aber der Ansicht, daß die Situation sich jetzt entscheidend gewandelt habe, so daß der Annahme Bedenken nicht mehr entgegenstehen.

Das zweite Memorandum betraf die Frage der internierten Personen.

Obergruppenführer unterrichtete den Staatspräsidenten dahin, daß zurzeit keine Geiseln mehr in Schutzhaft wären, sondern daß es sich jetzt nur noch um Schuldige handle, die irgendwie mit der Widerstandsbewegung in Zusammenhang gestanden hätten. Die Studentenentlassung gehe auch vor sich, sie hätte nicht so rasch abgewickelt werden können, weil

weil die Studenten unter Quarantäne gestanden hätten, wegen Ausbruchs einer Fleckfielerepidemie in den Konzentrationslagern. Obergruppenführer machte dem Staatspräsidenten klar, daß die Personen, die von den Standgerichten zur Verbringung in ein Konzentrationslager verurteilt worden wären, dort selbstverständlich das harte Dasein von Verurteilten zu führen hätten. Von ihnen wären zu unterscheiden, ^{diejenigen/} die aus erzieherischen Gründen in Konzentrationslagern wären. Sicher wären einige Personen in den Konzentrationslagern gestorben und es könne gut sein, daß die Angabe wegen der 20 Personen in Mährisch-Osttau richtig wäre. Diese Gestorbenen wären die Opfer der Fleckfielerepidemie, die von russischen Gefangenen eingeschleppt worden wäre und der auch die Bewachungsmannschaften zum Opfer gefallen wären. Andere Todesfälle ereigneten sich auch durch Kreislaufschwäche bei den von den Verurteilten zu leistenden schweren Arbeiten. Mit Ernährungsschwierigkeiten hätten jedenfalls die Todesfälle nichts zu tun, denn die mit schweren Arbeiten befassten Gefangenen erhielten sogar eine gewisse Zulage. Deshalb sei es überflüssig, sich mit Hilfsmaßnahmen für die Verköstigung der sichergestellten Personen zu beschäftigen.

Was die Sokolfunktionäre anlange, so hat Obergruppenführer, wie er mitteilte, vor einigen Tagen entschieden, daß die Sokolführer entlassen werden sollen, die lediglich als solche in ein Konzentrationslager verbracht worden sind, während jene festgehalten werden müssen, die irgendwie an der Widerstandsbewegung beteiligt sind.

Auf eine Anfrage wegen der Brünnener Professoren gab

Ober-

Obergruppenführer anheim, eine Liste dieser Personen einzureichen, die dann an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei weitergehen würde, der die Angelegenheit untersuchen und beantworten würde.

Das dritte Memorandum betraf Angelegenheiten des landwirtschaftlichen Bodens.

Obergruppenführer gab bekannt, daß der bei Beneschau geplante W-Truppenübungsplatz unbedingt mit großer Beschleunigung fertiggestellt werden muss. Er läge auch nicht auf besonders wertvollem landwirtschaftlichen Gebiet, so daß die Ernährungsfrage, der Obergruppenführer besondere Aufmerksamkeit schenke, nicht berührt würde. Obergruppenführer teilte aber dem Staatspräsidenten mit, daß die großen Luft- und Wehrmachtsplätze bis nach dem Kriege zurückgestellt wären, ja daß es vielleicht sogar dann fraglich sei, ob die Projekte durchgeführt würden. Obergruppenführer sagte weiters zu, daß, soweit es irgend ginge, auch bei dem W-Truppenübungsplatz auf eine etwaige Bestellung Rücksicht genommen werden soll.

Was die Großgrundbesitzer anlangt, deren Güter jetzt beschlagnahmt worden sind, so bat Obergruppenführer den Staatspräsidenten, sich nicht allzusehr für diese Personen einzusetzen, da die politischen Gründe zu der durchgeführten Maßnahme so gewichtig wären, daß eine Intervention unberechtigt sei. Die betreffenden Großgrundbesitzer hätten eine anationale Haltung gezeigt, ein Teil von ihnen bemühe sich jetzt um ausländische Staatsangehörigkeiten, woraus auch das tschechische Volk entnehmen könne, daß es den betreffenden Großgrundbesitzern nur um ihren Besitz, aber nicht um eine

Volks!

Volkszugehörigkeit ginge. Obergruppenführer wies in diesem Zusammenhange auch auf gewisse Vorgänge im Reiche hin, so namentlich auf die Beschlagnahme zahlreichen Grundbesitzes der ins Ausland gegangenen Wittelsbacher. Ueberdies wies Obergruppenführer darauf hin, daß die Zwangsverwaltung noch keine Enteignung bedeute. Auf eine Einwendung des Präsidenten Hácha, daß die Zwangsverwaltungsgebühren so hoch wären, daß die Besitzer daran kaputt gingen, sagte Obergruppenführer eine Prüfung zu, wie er überhaupt darauf hinwies, daß er das Material im einzelnen noch durchprüfen würde. Allerdings glaubte Obergruppenführer, daß die Gebühren nur für diejenigen untragbar wären, die ihren Besitz nicht selbst verwalteten, sondern glaubten, in Städten und auf Reisen einen großen Aufwand treiben zu können. Am Schluss ermahnte der Obergruppenführer den Staatspräsidenten nochmals zu besonderer Vorsicht in dieser Angelegenheit.

Außer den durch ~~legten~~ ^{schriftliche} ~~gründeten~~ ^{vorstehenden} Besprechungspunkten brachte der Staatspräsident noch zur Sprache, daß er sehr bedauert habe, daß das Telegramm des Führers, daß ihm sehr wohl getan habe, nicht im Wortlaut publiziert worden wäre. Obergruppenführer klärte den Staatspräsidenten dahin auf, daß er mit Staatsminister Meissner telefonierte habe und daß es einer generellen Weisung des Führers entspräche, wenn seine Telegramme nicht mehr im Wortlaut veröffentlicht würden. Dr. Popelka unterstrich diese Bemerkung des Obergruppenführers noch durch den Hinweis, daß auch das Telegramm des Führers an den Präsidenten der Slowakei nicht im Wortlaut veröffentlicht worden wäre. Obergruppenführer sagte

sagte aber dem Staatspräsidenten Hácha zu, daß er sich nach einer Absprache mit ihm und Staatsminister Weisner bei dem nächsten Telegrammwechsel für eine Veröffentlichung des Wortlautes der beiden Telegramme einsetzen würde.

Weiterhin bat Staatspräsident Hácha um die Zustimmung des Obergruppenführers zu einem Abendessen, das der Staatspräsident geben will. Es wurde vereinbart, daß Termin und Details zwischen den gegenseitigen Büros abgestimmt werden sollen.

Im Anschluss an diese Wünsche des Herrn Staatspräsidenten Dr. Hácha klärte Obergruppenführer den Staatspräsidenten über seine Pläne wegen Erziehung der tschechischen Jugend auf. Er wies darauf hin, daß eine Anregung des Ministers Moravec vorliege und daß er nach längerer Erwägung der Ansicht wäre, daß die Provisorische Regierung durch eine Regierungsverordnung die Erziehung der tschechischen Jugend regeln müsse. Obergruppenführer führte aus, daß er sich als Träger der Jugenderziehung ein Kuratorium dächte, an dessen Spitze der Minister Moravec stehen soll. Dieses Kuratorium soll dem Staatspräsidenten dann unmittelbar unterstellt werden. Er, Obergruppenführer, dächte an eine Dienstpflicht der Jugendlichen von 10 - 18 Jahren u. zw. die Art dieser Dienstpflicht je nach dem Alter verschieden sein. Die Jüngeren sollten in Vereinen, denen eine ^{Jugend-}solche Arbeit von Fall zu Fall zu genehmigen wäre, zusammengeschlossen werden. Dort müßte dann ein gewisser Jugenddienst eingerichtet werden, der in Sportübungen und in einer Belehrung gesinnungsmäßiger Art zu bestehen hätte. Bei den Jugendlichen von 17 - 18 Jahren, denke er, Obergruppenführer

führer, an eine Dienstpflicht in Lagern, wo die Jugendlichen von ausgesuchten tschechischen Jugendführern geleitet werden sollten. Eventuell könne man auch an eine gewisse Verbindung mit den HJ Lagern in diesen Lagern mit der HJ denken. Damit nun die Abiturienten der Mittelschulen auch an diesem Jugenddienst teilnehmen könnten, schlug Obergruppenführer vor, daß die Schulpflicht um ein halbes Jahr verringert würde und daß in diesem für die Schule wegfallenden halben Jahr, der Jugenddienst der Abiturienten stattfinde.

Zum Abschluss besprach Obergruppenführer noch die Frage der tschechischen Hochschulen, wobei er darauf hinwies, daß seiner Ansicht nach im Kriege über die Frage der Wiedereröffnung der tschechischen Hochschulen nicht entschieden werden könne. Das müsse in der Ansicht des Obergruppenführers jeder einsehen, daß im Kriege an eine Eröffnung von Hochschulen an Orten, wo schon Hochschulen bestehen, nicht gedacht werden kann, denn man dürfe im Kriege nur wirklich kriegswichtige Maßnahmen durchführen, das sei aus sachlichen wie aus Gründen der Menschenbewirtschaftung notwendig und ohne weiteres ersichtlich. Als Zwischenlösung schlug Obergruppenführer vor, daß die Abiturienten, die z.B. auf Grund der Erfahrungen in den Jugendlagern sich als positive Elemente erwiesen hätten, an den Hochschulen des Reiches studieren könnten und vielleicht sogar als besondere Auszeichnung an den deutschen Hochschulen in Prag. Um dieses Studium tschechischer Abiturienten zu fördern, machte Obergruppenführer den Staatspräsidenten mit dem Gedanken einer Hácha-Stiftung bekannt, aus der Stipendien

für

32

für die im Reiche studierenden tschechischen Studenten in größerem Umfange gegeben werden sollen. Obergruppenführer wies darauf hin, daß er es für besonders eindrucksvoll hielte, wenn diese Hácha-Stiftung am 70. Geburtstag des Herrn Staatspräsidenten im Juli 1942 ins Leben gerufen würde.

Dieser Vorschlag machte auf Dr. Popelka sichtlich außerordentlichen Eindruck, während der Herr Staatspräsident zwar interessiert und nicht unbewegt den Vorschlag entgegennahm, aber ebenso wie bei der Jugenderziehung um weitere Verhandlungen, gegebenenfalls eine schriftliche Fühlungnahme bat.

Popelka



Stüben

28155